



**Stadt  
Luzern**

Stadtrat

## **Bericht und Antrag**

an den Grossen Stadtrat von Luzern  
vom 26. Oktober 2011 (StB 946)

B+A 27/2011

## **Abschreibung von Motionen und Postulaten**

**Vom Grossen Stadtrat  
mit Änderungen beschlossen am  
2. Februar 2012  
(Definitiver Beschluss des Grossen Stadt-  
rates im Anhang 4 am Schluss dieses  
Dokumentes)**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>I. Abzuschreibende Motionen und Postulate</b>	<b>3</b>
<b>II. Verlängerung der Erledigungsfrist</b>	<b>11</b>
1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr	11
2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr	13
3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr	14
<b>III. Antrag</b>	<b>15</b>
<b>Anhang 1</b>	<b>17</b>
<p>Im Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern, stellt.</p>	
<b>Anhang 2</b>	<b>19</b>
<p>Anhang 2 enthält der Übersicht halber diejenigen Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden.</p>	
<b>Anhang 3</b>	<b>22</b>
<p>Anhang 3 enthält diejenigen Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.</p>	

## **Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

### **I. Abzuschreibende Motionen und Postulate**

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 87 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Postulat 200 (2000–2004), Beat Züsli und Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion sowie Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 15. April 2002 (überwiesen am 30. Januar 2003):

#### **Quartierentwicklung im Gebiet der Industriestrasse**

Die Studie Steghof (unter Einschluss der Industriestrasse) liegt vor, der Wettbewerb Industriestrasse ist eingeleitet.

2. Postulat 27 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 1. Dezember 2004 (teilweise überwiesen am 30. Juni 2005):

#### **Stadtreparatur am Kasernenplatz vorantreiben**

Die bei der Beantwortung des Postulates in Aussicht gestellten Massnahmen sind mit der Aufstockung des Parkhauses und der Revision der BZO umgesetzt. Weiter gehende Massnahmen machen nur dann Sinn, wenn konkrete Nutzungen am Kasernenplatz in Aussicht stehen, die in einem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis zur Neuorganisation der Verkehrswege stehen. Solche Nutzungen sind nicht in Sicht.

3. Postulat 30 (2004–2009), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 7. Dezember 2004 (überwiesen am 30. Juni 2005):

#### **Städtebauliche Aufwertung des Kasernenplatzes**

Die bei der Beantwortung des Postulates 27/2004–2009 in Aussicht gestellten Massnahmen sind mit der Aufstockung des Parkhauses und der Revision der BZO umgesetzt. Weiter gehende Massnahmen machen nur dann Sinn, wenn konkrete Nutzungen am Kasernenplatz in Aussicht stehen, die in einem angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnis zur Neuorganisation der Verkehrswege stehen. Solche Nutzungen sind nicht in Sicht.

4. Postulat 131 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 21. März 2006 (überwiesen am 28. September 2006):

**Rollstuhlgängige Verkehrserschliessungen optimieren**

Das Anliegen einer rollstuhlgängigen Verkehrserschliessung ist als Daueraufgabe in die tägliche Arbeit des dafür zuständigen Tiefbauamtes eingeflossen und weitestgehend realisiert.

5. Postulat 264 (2004–2009), Christoph Brun namens der FDP-Fraktion, vom 16. April 2007 (überwiesen am 8. November 2007):

**Reduktion der Missstände im Umfeld der Party- und Ausgehszene!**

In einer lebendigen Stadt wie Luzern entwickelt sich die Partyszene permanent weiter. Im städtischen Raum muss daher auch ein gewisses Mass an Emissionen toleriert werden. Interessenkonflikte mit anderen Nutzungsarten können nicht verhindert werden. Die Stadt Luzern nimmt sich dieser Herausforderung an, indem sie sich beispielsweise regelmässig am runden Tisch des Vereins Safer Clubbing beteiligt und dadurch in engem Kontakt mit vielen Bar- und Club-Betreibern steht.

Die Arbeitsgruppe Sicherheit, geleitet durch die Stelle für Sicherheitsmanagement, hat seit November 2007 verschiedene behördenübergreifende Massnahmen realisiert. Die vorgeschlagenen Massnahmen des Sicherheitsberichts 2007 sind fast alle umgesetzt. Beispiele:

- Die Zusammenarbeit zwischen SIP, LuPol, KKL-Sicherheitsdienst und STIL auf dem Europa- platz im Rahmen von Veranstaltungen des KKL Luzern funktioniert sehr gut.
- Die Sommerbars auf dem Bahnhofplatz, dem Inseli und der Ufeschöttli tragen seit 2008 einen grossen Beitrag zu mehr Sicherheit und sozialer Kontrolle an diesen Brennpunkten bei. Die Projekte werden bis 2017 weitergeführt.
- Die Securitas-Präsenz zu den Abfahrtszeiten der Nachtbusse (finanziert durch Sicherheitszuschlag auf Nachtstern-Ticket) hat zu starker Beruhigung der Situation nachts (Wochenende) auf dem Bahnhofplatz geführt.
- 3-Schicht-Reinigung des Strasseninspektorats von April bis Oktober von 5.00 bis 22.00 Uhr im Zentrumsgebiet Bahnhofplatz bis Inseli und Vögeligärtli.
- Der Club „strichpunkt“ im Löwengraben hält sich an die Betriebsauflagen (Lärmgutachten liegt vor). Kanton und Stadt stehen in engem Kontakt mit allen Beteiligten (Anwohnenden, Club, Liegenschaftsbesitzer).

- Zur Verminderung von Emissionen im Bruchquartier durch das Ausgehlokal „Opera“ und die Nachtbäckerei Meile hat der Stadtrat beim Kanton die Reduktion der Öffnungszeiten des Clubs verlangt. Die Luzerner Polizei (GGP) hat diesem Gesuch teilweise entsprochen. Der Entscheid ist (Stand September 2011) noch nicht rechtskräftig, da der Bewilligungsinhaber des Clubs Verwaltungsbeschwerde gemacht hat.
- Die Situation für die Alpenquai-Anwohnenden hat sich durch die temporäre Spelteriniweg-Sperrung (bei Treibhaus-Veranstaltungen) mittels Gittertor stark verbessert. Jugendliche, die zwischen Zentrum und dem „Treibhaus“ umherziehen, konnten von direkt angrenzenden Wohnquartieren weggeleitet werden. Reklamationen wegen Nachtruhestörungen bleiben seither aus.

Neben diesen Massnahmen auf Verhandlungsebene konnten Stadt und Kanton auch auf gesetzlicher Stufe Änderungen bewirken:

- Neues kantonales Gastgewerbegesetz:
  - Wegfall der Sperrstunde zwischen 4.00 und 5.00 Uhr. Eine gemässigte Verteilung der Publikumsströme auf mehrere Stunden als Folge.
  - Verkauf und auch Abgabe (Weitergabe) von Alkohol an Personen unter 16 Jahren unter Strafe.
  - Möglichkeit, Testkäufe durchzuführen.
- Take-away-Patenschaften: Die bislang freiwillige Reinigung durch Take-aways vor deren Lokal auf eigene Kosten wurde mit dem neuen Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes gesetzlich verankert.
- Seit der kantonalen Abstimmung u. a. zur Änderung des Übertretungsstrafgesetzes ist das Verhängen von Sofortbussen bei Littering und Wildplakatieren möglich. Plakataushänge von Partyveranstaltern sind stark zurückgegangen.

6. Motion 285 (2004–2009), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 1. Juni 2007 (als Postulat überwiesen am 15. Mai 2008):

#### **Angleichung von Bauvorschriften in der Agglomeration Luzern**

Zeitverschobene Ortsplanungsrevisionen erschweren die Angleichung der Bauvorschriften. Mit dem Leitbild für Luzern Süd und dem Masterplan Luzern Nord wurden grenzüberschreitende Entwicklungsstrategien formuliert. Darüber hinaus finden bilaterale Abstimmungen mit den Nachbargemeinden im Rahmen der jeweiligen Ortsplanungsverfahren statt. Weiter gehende Harmonisierungsschritte sind ohne Fusionen unrealistisch.

7. Postulat 374 (2004–2009), Silvio Bonzanigo namens der CVP-Fraktion, vom 11. März 2008 (überwiesen am 23. Oktober 2008):

**Strassenmusik von Kindern verhindert Bildung und missachtet das Verbot der Kinderarbeit**

Wie in der Stellungnahme zum Postulat 80, David Roth und Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 28. Juni 2010: „Problemlösung bei Kinderbettelei“ ausgeführt, hat der Schweizerische Städteverband (SSV) die Federführung zur Erarbeitung einer schweizerischen Strategie übernommen. Die Sozialdirektion der Stadt Luzern ist in der vom SSV eingesetzten Arbeitsgruppe vertreten. Das Anliegen des Postulats 374 (2004/2009) ist somit erfüllt. Die Weiterverfolgung des Themas auf inhaltlicher Ebene ist durch das erwähnte überwiesene Postulat 80 (2010/2012) sichergestellt.

8. Volksmotion 397 (2004–2009), Franziska Bürgi, Manuel Späni, Daniel Gähwiler und Mitunterzeichner/innen, vom 2. Mai 2008 (als Postulat überwiesen am 3. September 2009):

**Einführung der offenen und aufsuchenden Gassenarbeit**

Der Verein kirchliche Gassenarbeit hat seit September 2009 die „Aufsuchende Sozialarbeit“ als befristetes Pilotprojekt angeboten. Die externe Begleitevaluation ist positiv ausgefallen, und das Angebot wird als Teil des Teams Gassenarbeit weitergeführt. Der Grossteil der Kosten wird durch den Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG) getragen. Das Anliegen der als Postulat überwiesenen Volksmotion ist erfüllt.

9. Postulat 414 (2004–2009), Dominik Durrer und Gaby Schmidt namens der SP-Fraktion, vom 6. Juni 2008 (teilweise überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):

**Kein Abbau bei der städtischen Quartierpolitik: Weiterentwicklung der Quartierpolizei**

Mit B+A 12/2011 „Quartier- und Stadtteilpolitik“ vom 13. Juli 2011 werden die aktuellen und künftigen Aufgabenbereiche der städtischen und freiwilligen Quartierkräfte aufgezeigt. Das seit der Polizeifusion angewandte Konzept der Quartierpolizei der Luzerner Polizei funktioniert. Die Präsenz in den Abend- und Nachtstunden ist hoch, die Sicherheit entsprechend auch. Die Quartierpolizisten und die städtischen Verantwortlichen für Sicherheit und Soziales arbeiten eng zusammen.

10. Postulat 415 (2004–2009), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 6. Juni 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):

**Wie kann die Quartiersversorgung erneuert werden?**

Der am 22. September 2011 vom Grossen Stadtrat beschlossene B+A 12/2011 „Quartier- und Stadtteilpolitik“ macht Vorschläge, wie die Quartiere gestärkt werden sollen. Er enthält sowohl Massnahmen zur subsidiären Förderung des Zusammenlebens aller in den unterschiedlichen Quartieren sowie Massnahmen, um die Kommunikation zwischen Verwaltung und Quartieren einerseits und innerhalb der Quartiere andererseits strukturell zu verbessern. Wichtigste Massnahme dazu ist das flächendeckende Angebot der Quartierarbeit und deren inhaltliche Erweiterung. Neu unterstützt die Quartierarbeit die Koordination und Vernetzung aller Bevölkerungsgruppen. Die bei der Quartierpolizei geschätzte Sozialfunktion kann damit weiterhin gewährleistet werden.

11. Postulat 420 (2004–2009), Dominik Durrer und Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, Claudia Portmann-de Simoni und Josef Burri namens der FDP-Fraktion sowie Hans Stutz und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 2. Juli 2008 (überwiesen am 29. Januar 2009):

**Die Planung an der Industriestrasse unverzüglich angehen**

Die Studie Steghof (unter Einschluss der Industriestrasse) liegt vor, der Wettbewerb Industriestrasse ist eingeleitet.

12. Postulat 510 (2004–2009), Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion, vom 20. April 2009 (überwiesen am 17. Dezember 2009):

**Förderung des Kongresstourismus in Luzern**

Mit B+A 45/2010 hat der Grosse Stadtrat am 16. Dezember 2010 der neuen Leistungsvereinbarung mit der Luzern Tourismus AG zugestimmt. Die Stadt hat zur weiteren Stärkung der Kongressförderung die eigenen Fördergelder von jährlich 90'000 Franken in die Verantwortung der LTAG überwiesen.

13. Postulat 518 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion und Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 20. Mai 2009 (überwiesen am 24. September 2009):

**Nur ein Mobilfunknetz für die Stadt Luzern – Reduktion der Strahlenbelastung in Wohnquartieren**

Auf Stadtgebiet sind heute an rund 50 Standorten Mobilfunkantennen in Betrieb (ohne Mikro-zellen). Deren sieben werden durch zwei oder mehr Betreiberfirmen gemeinsam genutzt. Gespräche mit den Betreiberfirmen haben gezeigt, dass die Forderung nach einem koordinierten Netz auf kommunaler Ebene zehn Jahre nach der Einführung von UMTS nicht mehr umsetzbar ist. Grundsätze für Mobilfunkantennen wurden im Rahmen der laufenden BZO-Revision geprüft und für nicht zielführend erachtet.

14. Postulat 535 (2004–2009), Rolf Krummenacher namens der Sozialkommission, vom 18. August 2009 (überwiesen am 3. September 2009):

**Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende im Kanton Luzern**

Der Stadtrat hat sich mit Schreiben vom 21. Oktober 2009 an den Regierungsrat gewandt und eine Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien auf kantonaler Ebene angeregt. Der Kanton Luzern hat – analog dem Vorgehen für ähnliche Postulate aus dem Kantonsparlament – für eine abschliessende Beantwortung der stadträtlichen Anfrage die Ergebnisse des Projekts „Arbeit muss sich lohnen“ abgewartet. Inzwischen ist das Projekt abgeschlossen. Der Regierungsrat führt in seiner Stellungnahme aus, er habe beschlossen, *„mit einer Revision des Prämienverbilligungsgesetzes den sogenannten Schwelleneffekt beim Eintritt in die Sozialhilfe, bzw. beim Austritt aus der Sozialhilfe zu entschärfen und die Einkommensgrenze für die Alimentenbevorschussung zu erhöhen. Weitere Massnahmen scheinen [...] zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich.“* – Die entsprechenden Postulate sind vom Kantonsrat im Juni 2011 beschrieben worden.

15. Postulat 540 (2004–2009), Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 13. Oktober 2009 (teilweise überwiesen am 17. Dezember 2009):

**Steuererhöhung – Nein! Die gebundenen Ausgaben müssen gekürzt werden**

Mit dem Sparpaket 2011 wurden die Forderungen der Postulanten erfüllt, indem sämtliche Leistungen der Stadt (inkl. den gebundenen Ausgaben) überprüft wurden. Insgesamt 134 Massnahmen entlasten den Haushalt um mindestens 15 Mio. Franken. Ein Antrag, die Steuern zu erhöhen, konnte dadurch bisher vermieden werden.

16. Postulat 542 (2004–2009), Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 15. Oktober 2009 (teilweise überwiesen am 17. Dezember 2009):

**Steuererhöhung – Nein! Auch die frei bestimmbaren Ausgaben müssen gekürzt werden!**

Mit dem Sparpaket 2011 wurden die Forderungen der Postulanten erfüllt, indem sämtliche freiwilligen Leistungen der Stadt überprüft wurden. Insgesamt 134 Massnahmen entlasten den Haushalt um mindestens 15 Mio. Franken. Ein Antrag, die Steuern zu erhöhen, konnte dadurch bisher vermieden werden.

17. Postulat 8 (2010–2012), David Roth namens der SP/JUSO-Fraktion und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 12. Januar 2010 (überwiesen am 25. März 2010):

**Instandsetzung des Kulturraums UG**

Nach Abschluss der sicherheitstechnisch und betrieblich erforderlichen Sanierungen hat das Luzerner Theater ein angepasstes Betriebskonzept ausgearbeitet, welches insbesondere im Barbetrieb mit Einschränkungen verbunden ist, und es ist für die Führung und den Betrieb der Räumlichkeiten verantwortlich. Trotz den durchgeführten Sanierungen sind Nutzungen aus sicherheitstechnischen und betrieblichen Vorgaben nur eingeschränkt möglich.

Die Räume werden durch das Luzerner Theater entsprechend dem behördlichen Auftrag als Zweitspielstätte genutzt und sind ein wichtiger Bestandteil der Programmgestaltung des Luzerner Theaters. Das Luzerner Theater ist nicht grundsätzlich abgeneigt, die Nutzung der Räumlichkeiten im Rahmen der dispositionellen Möglichkeiten fallweise auch für weitere Kulturveranstaltungen zu ermöglichen. Dies entspricht der Forderung des Postulates. Der Stadtrat ist deshalb nach wie vor der Ansicht, dass dem Anliegen der Postulanten entsprochen wird.

18. Motion 27 (2010–2012), Josef Wicki namens der FDP-Fraktion, vom 2. März 2010 (als Postulat überwiesen am 23. September 2010):

**Revision der Bau- und Zonenordnung: Erneuerbare Energie als relevantes Kriterium für intensivere Bodennutzung**

In den beiden Masterplänen Stadtteilzentrum Littau und Luzern Nord sowie in der revidierten BZO wurden entsprechende Bestimmungen verankert. Zudem wird im Rahmen der laufenden BZO-Revision der erhöhte Gebäudestandard in einer Verordnung geregelt.

19. Postulat 53 (2010–2012), Désirée Stocker namens der GLP-Fraktion, vom 19. April 2010 (überwiesen am 29. April 2010):

**Velofahrunterricht in der 5. Klasse weiterhin durch Polizei**

Das Anliegen, den Velofahrunterricht im Hinblick auf die Velofahrprüfung in der 5./6. Primarklasse weiterhin durch die Polizei durchzuführen, wurde im Rahmen des Sicherheitsausschusses von der städtischen Delegation gegenüber dem Kanton eingebracht. Die Verantwortlichen des Kantons Luzern halten jedoch am Entscheid fest, dass das praktische Üben auch in der Stadt Luzern analog zur bestehenden Praxis im ganzen Kanton durch die Lehrpersonen durchgeführt werden soll. Die Abnahme der Prüfung erfolgt durch die polizeilichen Expertinnen und Experten.

In der Stadt Luzern wurden in der Zwischenzeit einige Anpassungen im Bereich der Organisation des Verkehrsunterrichts in der 5./6. Primarklasse vorgenommen. Konkret stehen neu mehrere Prüfungstrecken zur Verfügung, sodass die Prüfungen in der Nähe der Schulhäuser durchgeführt werden können. Diese ersetzen die ehemalige Strecke beim Feuerwehrdepot Kleinmatt. Durch diese Umstellung konnte die Problematik der schwierigen Anfahrtswege (z. B. über die Seebrücke) zur ehemals einzigen Prüfungstrecke massgeblich entschärft werden. Zudem wurden die Übungsgelegenheiten auf den Pausenplätzen in Form von Verkehrsgärten bei den Schulhäusern Säli, Wartegg und Würzenbach ergänzt.

Die Schulen wurden über die Änderungen durch die Luzerner Polizei informiert. Die Velofahrprüfung 2011 konnte unter diesen Voraussetzungen erfolgreich durchgeführt werden.

20. Postulat 130 (2010–2012), Josef Wicki namens der FDP-Fraktion, vom 24. November 2010 (teilweise überwiesen am 24. März 2011):

**Olympische Winterspiele in der Zentralschweiz ohne Gigantismus – Host City: Luzern**

Swiss Olympics hat zugunsten von St. Moritz entschieden.

21. Dringliches Postulat 149 (2010–2012), Daniel Wettstein und René Baumann namens der FDP-Fraktion sowie Markus Helfenstein, vom 14. Februar 2011 (überwiesen am 24. Februar 2011):

**Moratorium für den Fasnachts-Amtsschimmel für ein Jahr!**

Die Stadt führte die Kontrollen an der Fasnacht 2011 im bisherigen Rahmen durch. Begleitend wurde zudem eine Online-Umfrage für die Luzerner Bevölkerung und die Besucherinnen und Besucher der Fasnacht 2011 realisiert. Die Ergebnisse dieser Umfrage sowie weitere Erfahrungen der Fasnacht 2011 wurden im ersten Halbjahr 2011 ausgewertet. Gemeinsam mit Vertretern der Fasnachtsorganisationen sind die Stossrichtungen für die Fasnacht 2012 im Rahmen von zwei runden Tischen festgelegt worden. Konkret soll an der kommenden Fasnacht auf das Depotsystem verzichtet werden. Die Öffentlichkeit wurde informiert, dass darüber hinaus für 2012 keine wesentlichen Neuerungen geplant sind.

## II. Verlängerung der Erledigungsfrist

### 1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch die GPK bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, zweites Jahr. Zuständig dafür ist der Grosse Stadtrat (Art. 87 Abs. 2b Geschäftsreglement).

1. Postulat 372 (2004–2009), Ylfete Fanaj und Andreas Wüest namens der SP-Fraktion und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 3. März 2008 (überwiesen am 23. Oktober 2008; Frist verlängert bis 23. Oktober 2011):

#### **Beitritt der Stadt Luzern zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus**

Die Antragstellung an den Stadtrat zu einem Beitritt ist für Sept./Okt. 2011 vorgesehen. Der Beitrittsentscheid durch den Lenkungsausschuss Städtekoalition soll am 23./25. November 2011 erfolgen.

2. Postulat 373 (2004–2009), Markus Elsener namens der SP-Fraktion und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 10. März 2008 (überwiesen am 23. Oktober 2008; Frist verlängert bis 23. Oktober 2011):

#### **2x gratis ins Museum**

Der Stadtrat hat 2010 ein zweijähriges (2010 und 2011) Pilotprojekt bewilligt, das allen Schulklassen in Museen in der Stadt Luzern den Gratis Eintritt sichert. Die Evaluation desselben wird ergeben, inwieweit das Angebot einem Bedürfnis entspricht.

3. Motion 380 (2004–2009), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 11. April 2008 (überwiesen am 25. September 2008; Frist verlängert bis 25. September 2011):

#### **Planung Grendel/Löwengraben – eine Chance für die Luzerner Altstadt**

Die Planung der Umgestaltung des Grendels unter Einbezug der Interessierten ist in Arbeit. Der B+A zur Umgestaltung Grendel/Löwengraben folgt 2012; die Motion wird dem Grossen Stadtrat im Rahmen des B+A zur Abschreibung beantragt.

4. Postulat 394 (2004–2009), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 21. April 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):

#### **Die Politik braucht Räume der Stadt**

Die Abschreibung wird mit dem geplanten B+A „Nutzungsentwicklung Am-Rhyn-Haus“ beantragt.

5. Postulat 409 (2004–2009), Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, Pius Suter namens der CVP-Fraktion und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion, vom 27. Mai 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):

**Sperrung der Bahnhofstrasse beim Luzerner Theater zur attraktiven Durchführung des Wochenmarktes am Dienstag**

Die geforderte Sperrung wird im Rahmen eines partizipativen Planungsverfahrens für den Raum Bahnhofstrasse/Theaterplatz beurteilt und anschliessend zur Abschreibung beantragt. Die Planung verzögert sich aufgrund der Prioritätensetzung in der städtischen Investitionsrechnung.

6. Postulat 416 (2004–2009), Pius Suter namens der CVP-Fraktion, Josef Burri namens der FDP-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 6. Juni 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):

**Neugestaltung Bahnhofstrasse**

Für die Neugestaltung soll ein partizipatives Planungsverfahren für den Raum Bahnhofstrasse/Theaterplatz durchgeführt werden. Die Planung verzögert sich aufgrund der Prioritätensetzung in der städtischen Investitionsrechnung.

7. Postulat 433 (2004–2009), David Roth namens der SP-Fraktion, vom 4. September 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):

**Auswertung der Videoüberwachung**

Die Evaluationsstudie zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum liegt vor. Die interne Analyse der Resultate wurde gemacht. Die Luzerner Polizei hat dazu Stellung genommen. Ein Bericht ans Parlament ist in Bearbeitung.

## **2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr**

Für folgende Vorstösse wurde nach der GPK durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, drittes Jahr.

Keine

### 3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um zwei oder mehrere Jahre bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.

1. Postulat 48 (2004–2009), Markus Mächler und Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 4. April 2005 (überwiesen am 3. November 2005; Frist verlängert bis 3. November 2011):

#### **Für eine Begegnungszone im Löwengraben-West**

Der B+A zur Umgestaltung Grendel/Löwengraben folgt 2012. Das Postulat wird dem Grossen Stadtrat in diesem Rahmen zur Abschreibung beantragt werden.

2. Motion 140 (2004–2009), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 15. Mai 2006 (überwiesen am 28. September 2006; Frist verlängert bis 28. September 2011):

#### **Flankierende Massnahmen zum Schutz der AnwohnerInnen vor zusätzlichem Verkehr nach der Tieflegung der Zentralbahn**

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Gebiet Moosmatt-Geissenstein wurden seit 2006 einige kleinere Massnahmen umgesetzt: Markierung einer Kernfahrbahn mit Radstreifen, Tempo 30 im Bereich des Moosmattschulhauses, Fussgängerübergänge mit Fussgängerschutz-Insel, Rechtsvortritt Breitenlachen-Strasse. Weiter gehende Massnahmen werden im Rahmen der flankierenden Massnahmen im Verkehrskonzept Allmend geprüft. Diese sollen auf den Zeitpunkt der Eröffnung der S-Bahn-Haltestelle Ende 2013 realisiert werden.

### III. Antrag

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und Postulate unter I., Ziffern 1–21 als erledigt abzuschreiben.

Gleichzeitig beantragt er Ihnen, die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter:

II.1. Ziffern 1–7 um ein weiteres, zweites Jahr zu verlängern

II.3. Ziffern 1–2 um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr zu verlängern

Luzern, 26. Oktober 2011

  
Urs W. Studer  
Stadtpräsident



  
Toni Göpfert  
Stadtschreiber

## **Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 27 vom 26. Oktober 2011 betreffend

### **Abschreibung von Motionen und Postulaten,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

#### **beschliesst:**

1. Die Motionen und die Postulate gemäss I. Ziffern 1–21, werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.1. Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Motion und des Postulates gemäss II.3. Ziffern 1–2, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

## Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Juli und dem 31. Dezember 2011 abläuft:

1. Motion 441 (2004–2009), Urs Wollenmann namens der SVP-Fraktion, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion und Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 22. September 2008 (als Postulat überwiesen am 24. September 2009):

### **Obligatorische Deutschtests für Einbürgerungswillige**

Seit 1. Januar 2011 ist die Einbürgerungskommission (EBK) abschliessend zuständig für die Zusage des Luzerner Stadtbürgerrechtes an ausländische Staatsangehörige. Die EBK ist nun in einem ersten Schritt daran, eine Geschäftsordnung zu erarbeiten.

Die Einführung von obligatorischen Deutschtests stellt eine materielle Einbürgerungsvoraussetzung dar. Diese Regelung muss unter Einbezug von weiteren Einbürgerungsvoraussetzungen in einem separaten Erlass, z. B. in einem Pflichtenheft, aufgenommen werden. In einem zweiten Schritt wird sich die EBK daher dieses Pflichtenheftes annehmen.

2. Motion 456 (2004–2009), Philipp Federer und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 3. November 2008 (als Postulat überwiesen am 3. September 2009):

### **Leistungsausbau im Busverkehr zwischen Littau/Reussbühl und Luzern**

Das Anliegen zur Verbesserung der Direktfahrmöglichkeit vom Ortsteil Littau nach dem Stadtzentrum von Luzern wurde beim Verkehrsverbund Luzern (VVL) deponiert. Er wird dies im Rahmen seiner Überlegungen Agglomobil due prüfen. Der Bericht des VVL wird voraussichtlich im Frühjahr 2012 vorliegen.

3. Motion 461 (2004–2009), Christoph Brun und Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion, vom 1. Dezember 2008 (als Postulat überwiesen am 17. Dezember 2009):

### **Chancen ausnützen: Areal altes Hallenbad umnutzen!**

Die Entwicklungsstudie Steghof (inkl. Hallenbad) liegt vor und die Erkenntnisse sind in den BZO-Entwurf eingeflossen, welcher vom 18. August bis 16. September öffentlich aufgelegt wurde. Der versprochene B+A soll nach Inkrafttretung der neuen BZO (voraussichtlich Anfang 2013) dem Parlament vorgelegt werden.

4. Postulat 505 (2004–2009), Anita Weingartner-Isaak namens der SP-Fraktion, vom 27. März 2009 (überwiesen am 24. September 2009):

**Bushäuschen: Kleine Massnahme – geschätzte Dienstleistung**

Das in Abhängigkeit stehende Projektkonzept „Verkaufspavillon“ des Grundeigentümers ist pendent. Die Realisierung eines Unterstandes (mit Sitzgelegenheit) ohne Inanspruchnahme privaten Grundes ist geprüft, jedoch aufgrund der Platzverhältnisse auf öffentl. Grund nicht denkbar. Die Umsetzung des Vorstosses durch die Stadt ist deshalb zurzeit nicht möglich.

5. Postulat 514 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 28. April 2009 (überwiesen am 24. September 2009):

**Abgeriegelter oder offener Bahnhof**

Ein Grobkonzept der SBB sowie eine Machbarkeitsstudie (durch die Stadt Luzern in Auftrag gegeben) liegen vor. Die Projektarbeiten mit Stadt, Kanton (Luzerner Polizei), SBB, vbl und FC Luzern laufen seit September 2011.

## Anhang 2

Folgende Vorstösse werden separat mit einem Bericht und Antrag zur Abschreibung beantragt:

1. Motion 240 (2004–2009), Dorothee Kipfer und Alex Schönenberger namens der SP-Fraktion, vom 16. Februar 2007 (als Postulat überwiesen am 21. Februar 2008):  
**Netzwerk: Soforthilfe für Alzheimerkranke und Demente zuhause**

Das Thema wird im B+A 15/2011 vom 31. August 2011: „Altern in Luzern – ein Entwicklungskonzept“ behandelt werden. Der B+A liegt dem Parlament vor, und die Abschreibung des Postulats wird darin beantragt.

2. Postulat Nr. 254 (2004–2009), Dorothee Kipfer und Alex Schönenberger namens der SP-Fraktion, vom 13. März 2007 (teilweise überwiesen am 22. November 2007; Frist verlängert bis 22. November 2011):  
**Sicherheit und Lebenssinn für alle Generationen im Quartier**

Das Thema wird im B+A 15/2011 vom 31. August 2011: „Altern in Luzern – ein Entwicklungskonzept“ behandelt werden. Der B+A liegt dem Parlament vor, und die Abschreibung des Postulats wird darin beantragt.

3. Motion 255 (2004–2009), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion, vom 13. März 2007 (als Postulat überwiesen am 17. April 2008):  
**Ein Leitbild für Gemeinschaft, Gesundheit und ein sinnerfülltes Leben im Alter 60plus**

Das Thema wird im B+A 15/2011 vom 31. August 2011: „Altern in Luzern – Ein Entwicklungskonzept“ behandelt werden. Der B+A liegt dem Parlament vor, und die Abschreibung des Postulats wird darin beantragt.

4. Motion 256 (2004–2009), Agatha Fausch Wespe und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 13. März 2007 (als Postulat überwiesen am 17. April 2008):  
**Ein Konzept zur Förderung der Gesundheit im Alter 60plus**

Das Thema wird im B+A 15/2011 vom 31. August 2011: „Altern in Luzern – ein Entwicklungskonzept“ behandelt werden. Der B+A liegt dem Parlament vor, und die Abschreibung des Postulats wird darin beantragt.

5. Postulat 390 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 18. April 2008 (überwiesen am 23. Oktober 2008; Frist verlängert bis 23. Oktober 2011):

**Genügend Veloparkplätze am Bahnhof und in der Neustadt**

Das Postulat wird dem Parlament mit dem B+A 23/2011 vom 28. September 2011: „Ersatz Velostation infolge Umbaus Bahnhof SBB“ zur Abschreibung beantragt.

6. Postulat 404 (2004–2009), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion und Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, vom 13. Mai 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):

**Gute Startchancen durch Integrationsförderung in der Vorschulbetreuung**

Das Thema wird im B+A 16/2011 vom 31. August 2011: „Frühe Förderung. Prävention und Förderung im Vorschulalter; Strategie und Massnahmen“ behandelt. Der B+A liegt dem Parlament vor, und die Abschreibung des Postulats wird darin beantragt.

7. Motion 443 (2004–2009), Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli, vom 3. Oktober 2008 (als Postulat überwiesen am 18. Dezember 2008; Frist verlängert bis 18. Dezember 2011):

**Verbindliche Frühsprachförderung ab dem dritten Altersjahr**

Das Thema wird im B+A 16/2011 vom 31. August 2011: „Frühe Förderung. Prävention und Förderung im Vorschulalter; Strategie und Massnahmen“ behandelt. Der B+A liegt dem Parlament vor, und die Abschreibung des Postulats wird darin beantragt.

8. Motion 476 (2004–2009), Luzia Vetterli namens der SP-Fraktion, vom 2. Februar 2009 (als Postulat überwiesen am 17. Dezember 2009):

**Schaffung einer Ombudsstelle**

Die Motion wird dem Parlament mit dem B+A „GO-Revision“ zur Abschreibung beantragt.

9. Motion 527 (2004–2009), Alice Heijman namens der Geschäftsprüfungskommission, vom 30. Juni 2009 (überwiesen am 17. Dezember 2009):

**Für die Neuordnung des Finanzinspektorats**

Die Motion wird dem Parlament mit einem separaten B+A zur Abschreibung beantragt.

10. Postulat 2 (2010–2012), Luzia Vetterli und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Katharina Hubacher und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion und Rolf Krummenacher, vom 4. Januar 2010 (teilweise überwiesen am 14. Januar 2010):

**Programmatische Bestimmungen in der GO?**

Das Postulat wird dem Parlament mit dem B+A „GO-Revision“ zur Abschreibung beantragt.

11. Postulat 18 (2010–2012), Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion und Korintha Bärtsh namens der G/JG-Fraktion, vom 10. Februar 2010 (überwiesen am 4. März 2010; Frist verlängert bis 4. März 2013):

**800 attraktive Veloparkplätze für die Universität**

Das Postulat wird dem Parlament mit dem B+A 23/2011 vom 28. September 2011: „Ersatz Velostation infolge Umbaus Bahnhof SBB“ zur Abschreibung beantragt.

12. Motion 31 (2010–2012), Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 3. März 2010 (überwiesen am 24. März 2011):

**Anpassung bzw. Ergänzung der Namensbezeichnung der entsprechenden Direktion: „Direktion für Bildung, Sport und Kultur“**

Die Motion wird dem Parlament mit dem B+A „GO-Revision“ zur Abschreibung beantragt.

## Anhang 3

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die Erledigungsfrist gemäss Art. 87 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

1. Motion 142 (2000–2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 6. September 2001 (überwiesen am 21. November 2002; Frist verlängert bis 21. November 2012):  
**Stadtreparatur am Pilatusplatz vorantreiben**
2. Postulat 320 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 29. September 2003 (überwiesen am 6. Mai 2004; Frist verlängert bis 6. Mai 2012):  
**Neugestaltung des St.-Karli-Quais prüfen**
3. Postulat 361 (2000–2004), Ruedi Schmidig namens der GB-Fraktion, vom 10. März 2004 (überwiesen am 30. September 2004; Frist verlängert bis 30. September 2012):  
**Mehr Sicherheit auf den Strassen rund um das St.-Karli-Schulhaus**
4. Postulat 23 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 15. November 2004 (überwiesen am 21. April 2005; Frist verlängert bis 21. April 2012):  
**Kombispur für Velo und Bus auf der Alpenstrasse**
5. Postulat 24 (2004–2009), Anita Weingartner namens der SP-Fraktion, vom 30. November 2004 (überwiesen am 9. Juni 2005; Frist verlängert bis 9. Juni 2012):  
**Mehr Sicherheit auf der Strasse zum Primarschulhaus Büttenen und zu den Kindergärten Büttenhalde**
6. Postulat 56 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 21. April 2005 (überwiesen am 3. November 2005; Frist verlängert bis 3. November 2012):  
**Einführung eines Qualitätsmanagementsystems für eine effiziente und wirkungsorientierte Velopolitik in der Stadt Luzern**
7. Postulat 73 (2004–2009), Lathan Suntharalingam namens der SP Fraktion, vom 30. Juni 2005 (überwiesen am 26. Januar 2006; Frist verlängert bis 26. Januar 2012):  
**Alarmierende Situation der Jugendarbeitslosigkeit – Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Lehrstelle**

8. Postulat 96 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 21. September 2005 (überwiesen am 16. März 2006; Frist verlängert bis 16. März 2012):  
**Einbahnstrassen im Hirschmattquartier für den Veloverkehr öffnen**
9. Postulat 97 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 21. September 2005 (überwiesen am 16. März 2006; Frist verlängert bis 16. März 2012):  
**Bruchquartier vom Verkehr entlasten – Wohnqualität verbessern**
10. Motion 136 (2004–2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 20. April 2006 (überwiesen am 8. Februar 2007; Frist verlängert bis 8. Februar 2012):  
**Grendel: Tor zum Marktplatz Altstadt im Umbruch**
11. Postulat 277 (2004–2009) Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 3. Mai 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008; Frist verlängert bis 24. Januar 2011):  
**Stadtmuseum im Am-Rhyn-Haus**
12. Postulat 309 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 4. September 2007 (überwiesen am 17. April 2008; Frist verlängert bis 17. April 2012):  
**Tempo 30 rund um die Schulhäuser der Stadt Luzern**
13. Postulat 324 (2004–2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 3. Oktober 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008; Frist verlängert bis 24. Januar 2012):  
**Weckt den Göttersee aus dem Dornröschenschlaf**
14. Postulat 347 (2004–2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 10. Februar 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008; Frist verlängert bis 24. Januar 2012):  
**Frisches Leben in alten Räumen**
15. Motion 367 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 25. Februar 2008 (als Motion teilweise überwiesen am 25. September 2008; Frist verlängert bis 25. September 2012):  
**Kommunaler Verkehrsrichtplan Stadt Luzern**
16. Postulat 388 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 16. April 2008 (überwiesen am 15. Mai 2008, Frist verlängert bis 15. Mai 2012):  
**Die Gütschbahn muss gerettet werden**
17. Motion 417 (2004–2009), Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Juni 2008 (überwiesen am 25. Juni 2009; Frist verlängert bis 25. Juni 2012):  
**Wer macht was? Öffentlicher Raum in der Stadt Luzern**

18. Motion 419 (2004–2009), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, Dominik Durrer namens der SP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 23. Juni 2008 (überwiesen am 7. Mai 2009; Frist verlängert bis 7. Mai 2012):  
**Velofreundliche Altstadt: Planungsbericht Veloparking für die Altstadt erstellen**
19. Postulat 422 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt und Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion, vom 14. Juli 2008 (überwiesen am 29. Januar 2009; Frist verlängert bis 29. Januar 2012):  
**Eine zuverlässige, durchgehende Kinderbetreuung bereitstellen**
20. Motion 435 (2004–2009), Sonja Döbeli Stirnemann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion, vom 8. September 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009; Frist verlängert bis 4. Juni 2012):  
**Linkes Seeufer: Von der Schmutzdecke zur Uferpromenade**
21. Postulat 453 (2004–2009), Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion, vom 24. Oktober 2008 (teilweise überwiesen am 4. Juni 2009; Frist verlängert bis 4. Juni 2012):  
**Abgabe von Abstimmungs- und Wahlunterlagen an niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer**
22. Postulat 457 (2004–2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 11. November 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009; Frist verlängert bis 4. Juni 2012):  
**Einzonen-Abo für die Zonen 10/20**
23. Postulat 458 (2004–2009), Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, vom 11. November 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009; Frist verlängert bis 4. Juni 2012):  
**Vbl-Zonenplan an die städtischen Realitäten anpassen**
24. Postulat 465 (2004–2009), Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Dezember 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009; Frist verlängert bis 4. Juni 2012):  
**Tourismus-, Arbeits- und Wohnstadt mit attraktivem Bahnhof**
25. Postulat 473 (2004–2009), Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, Dominik Durrer namens der SP-Fraktion und Rolf Krummenacher, vom 27. Januar 2009 (überwiesen am 3. September 2009; Frist verlängert bis 3. September 2012):  
**Erneuerbare Energie für die Stadt Luzern**
26. Motion 475 (2004–2009), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion vom 30. Januar 2009 (überwiesen am 25. März 2010):  
**Für eine ausgewogene Informationspolitik**

27. Motion 477 (2004–2009), Beat Züsli und Luzia Vetterli namens der SP-Fraktion sowie Urs Woltenmann und Werner Schmid namens der SVP-Fraktion, vom 2. Februar 2009 (überwiesen am 25. März 2010):  
**Kommunikation bei Wahlen und Abstimmungen**
  
28. Motion 507 (2004–2009), Albert Schwarzenbach und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 31. März 2009 (überwiesen am 20. Mai 2010):  
**Massnahmen gegen die Abwanderung der Studierenden der Hochschule Luzern Wirtschaft**
  
29. Postulat 551 (2004–2009), Dominik Durrer, Luzia Vetterli und David Roth namens der SP Fraktion, vom 11. November 2009 (teilweise überwiesen am 29. April 2010; Frist verlängert bis 29. April 2013):  
**Kulturpolitik in der Stadt Luzern: Rettet den Kulturkompromiss**
  
30. Postulat 563 (2004–2009), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion und Alex Schönenberger namens der SP-Fraktion, vom 28. Dezember 2009 (teilweise überwiesen am 14. Januar 2010):  
**Aus Erfahrungen lernen: Projekt-Evaluation der Gemeindefusion erweitern**
  
31. Postulat 4 (2010–2012), Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 5. Januar 2010 (teilweise überwiesen am 4. März 2010):  
**Qualitativ gute Kopien auf die Spreuerbrücke**
  
32. Postulat 21 (2010–2012), Markus Elsener namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 22. Februar 2010 (überwiesen am 10. Juni 2010):  
**Faires Sparpaket 2011 – keine Umverteilung von unten nach oben!**
  
33. Postulat 24 (2010–2012), Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 23. Februar 2010 (teilweise überwiesen am 23. September 2010):  
**Platz für Jugendkultur in Luzern Nord – wo bestehen Chancen?**
  
34. Motion 33 (2010–2012), Franziska Bitzi Staub namens der Spezialkommission Teilrevision der Gemeindeordnung, vom 8. März 2010 (überwiesen am 10. Juni 2010):  
**Baldige Revision Gemeindeordnung**
  
35. Postulat 34 (2010–2012), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 9. März 2010 (als Postulat überwiesen am 28. Oktober 2010):  
**Neuer Stadtplan für die fusionierte Stadt Luzern-Littau**
  
36. Postulat 40 (2010–2012), Edith Lanfranconi-Laube und Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion sowie Theres Vinatzer und Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli, vom 23. März 2010 (überwiesen am 29. April 2010):  
**Mittagstisch-Angebot für die Oberstufe**

37. Motion 41 (2010/2012), Theres Vinatzer und Ylfete Fanaj namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 23. März 2010 (überwiesen am 19. Mai 2011):  
**Strategiebericht zum Pflegepersonalmangel in der Stadt Luzern**
38. Postulat 49 (2010–2012), Josef Wicki und René Baumann namens der FDP-Fraktion, vom 7. April 2010 (überwiesen am 28. Oktober 2010):  
**15-Minuten-Takt für Bahnhof Littau**
39. Postulat 55 (2010–2012), Daniel Erni namens der SVP-Fraktion, vom 21. April 2010 (überwiesen am 11. November 2010):  
**Gleich günstige Strompreise in der ganzen fusionierten Stadt Luzern**
40. Postulat 56 (2010–2012), Jörg Krähenbühl, vom 22. April 2010 (überwiesen am 28. Oktober 2010):  
**Begegnung von Jung und Alt – mit Erzählcafés und Ausstellungen**
41. Postulat 57 (2010–2012), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, Nina Laky sowie Ylfete Fanaj namens der SP/JUSO-Fraktion und Désirée Stocker namens der GLP-Fraktion, vom 23. April 2010 (überwiesen am 11. November 2010):  
**Lehrstellen in der städtischen Verwaltung für Jugendliche ohne geregelten Aufenthalt**
42. Motion 71 (2010–2012), Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion und Urs Wollenmann, vom 7. Juni 2010 (überwiesen am 28. Oktober 2010):  
**Leitbild Sport und Sportförderung in der Stadt Luzern**
43. Motion 75 (2010–2012), Urs Wollenmann und Jörg Krähenbühl namens der SVP-Fraktion, vom 10. Juni 2010 (überwiesen am 27. Januar 2011):  
**Wer in Luzern wohnt, soll auch in Luzern steuern**
44. Postulat 79 (2010–2012), Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 28. Juni 2010 (überwiesen am 16. Dezember 2010):  
**Pflegefinanzierung: Ausgleichszahlung des Kantons an die Gemeinden für 2011**
45. Postulat 80 (2010–2012), David Roth und Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 28. Juni 2010 (überwiesen am 27. Januar 2011):  
**Problemlösung bei Kinderbettelei**
46. Volksmotion 90 (2010–2012), Christoph Merlo, Daniel Ess, Hans Durrer und Mitunterzeichner/innen, vom 13. Juli 2010 (überwiesen am 16. Dezember 2010):  
**Ausarbeitung Projekt Schulanlage Felsberg mit Erhalt der Mammutbäume**

47. Postulat 91 (2010–2012), Ylfete Fanaj namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 14. Juli 2010 (überwiesen am 11. November 2010):  
**Fallzahlbelastung im Vormundschaftsbereich**
48. Postulat 99 (2010–2012), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 18. August 2010 (überwiesen am 24. März 2011):  
**Flankierende Massnahmen zum Rontalzubringer zügig umsetzen: Beschleunigung des Busverkehrs zwischen Ebikon und Luzern**
49. Postulat 100 (2010–2012), Korintha Bärtsch und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 18. August 2010 (überwiesen am 27. Januar 2011):  
**Attraktiverer ÖV für das Rontal und die Stadt: Verlängerung der Linie 1 bis zum Bahnhof Ebikon**
50. Postulat 101 (2010–2012), Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, vom 27. August 2010 (überwiesen am 11. November 2010):  
**Erarbeitung der Vergabekriterien im Sinne des Prinzips der Gleichbehandlung**
51. Postulat 103 (2010–2012), Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 31. August 2010 (überwiesen am 24. März 2011):  
**Aktionsplan Gleichstellung für die Stadt Luzern**
52. Postulat 105 (2010–2012), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 1. September 2010 (überwiesen am 24. März 2011):  
**Luzern-Nord: Stadt und Emmen sollen zusammenarbeiten**
53. Postulat 108 (2010–2012), Désirée Stocker namens der GLP-Fraktion, Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, vom 9. September 2010 (überwiesen am 24. März 2011):  
**Teilzeit und Jobsharing: Beruf und Familie für Männer und Frauen in der Stadtverwaltung**
54. Volksmotion 111 (2010–2012), Kurt Furrer und Mitunterzeichner/innen, vom 13. September 2010 (als Postulat überwiesen am 24. März 2011):  
**400'000'000 Franken für die Autobahn, 0 Franken für die Fusswege**
55. Postulat 118 (2010–2012), Josef Wicki namens der FDP-Fraktion, vom 20. Oktober 2010 (überwiesen am 11. November 2010):  
**Beibehaltung des Mittwoch-Abendverkaufs im Ortsteil Littau**
56. Motion 122 (2010/2012), Daniel Erni namens der SVP-Fraktion, vom 10. November 2010 (überwiesen am 30. Juni 2011):  
**Anpassung der Handwerkerparkkarten an den Schweizer Durchschnitt**

57. Motion 126 (2010–2012), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion und Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 17. November 2010 (als Postulat überwiesen am 27. Januar 2011):  
**Standort des Kantonsgerichts**
58. Postulat 127 (2010–2012), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 19. November 2010 (teilweise überwiesen am 2. Dezember 2010):  
**Neue Voraussetzungen zur Fanarbeit – Die Stadt Luzern kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen**
59. Postulat 148 (2010/2012), Markus Mächler und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 11. Februar 2011 (teilweise überwiesen am 30. Juni 2011):  
**Massnahmen gegen den Strassenstrich**
60. Postulat 177 (2010/2012), David Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 7. April 2011 (teilweise überwiesen am 30. Juni 2011):  
**Zwischennutzung für Brache am Pilatusplatz**
61. Postulat 179 (2010/2012), Nina Laky und David Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 11. April 2011 (überwiesen am 30. Juni 2011):  
**Für eine Strategieänderung im Treibhaus**
62. Postulat 208 (2010/2012), Luzia Mumenthaler-Stofer, Nina Laky und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 10. Juni 2011 (überwiesen am 30. Juni 2011):  
**VBL: Zonenanpassung im Stadtgebiet**
63. Postulat 210 (2010/2012), Martin Merki, Laura Grüter Bachmann, Rolf Krummenacher, Hugo P. Stadelmann und Daniel Wettstein sowie Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 20. Juni 2011 (überwiesen am 30. Juni 2011):  
**Ängste der Lehrpersonen und Eltern bei der Einführung der Integrativen Förderung (IF) ernst nehmen**

## Anhang 4

zu B+A 27/2012 Abschreibung von Motionen und Postulaten

### Definitiver Beschluss des Grossen Stadtrates

(unter Berücksichtigung der im Grossen Stadtrat beschlossenen Änderungen)

#### Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 27/2012 vom 26. Oktober 2012 betreffend

#### Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

**beschliesst:**

1. Die Motionen und die Postulate gemäss I. Ziffern 1–21, werden abgeschrieben, ausgenommen die Ziffern 1, 2, 3, und 18.
2. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.1. Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Motion und des Postulates gemäss II.3. Ziffern 1–2, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Luzern, 2. Februar 2012

Namens des Grossen Stadtrates von Luzern



Korintha Bärtsch  
Ratspräsidentin



Hans Büchli  
Leiter Sekretariat Grosser Stadtrat



Stadt  
Luzern  
Grosser Stadtrat